

## 19. Wahlperiode

[Datum]

[Drucksachenummer und Datum werden von PD 1/Parlamentssekretariat eingesetzt.]

## Antrag

**Abgeordnete Hansjörg Müller, ..... (Vorschlag für die AfD-Fraktion)**

### Detailliert begründete Aufforderung zum Rücktritt an die Bundeskanzlerin

#### I. Der Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten gesellschaftlichen und ökonomischen Krise seit Ende des 2. Weltkrieges. Dieser Zustand wurde insbesondere von Seiten der Bundesregierung durch verschiedene Vorgänge herbeigeführt: Erst durch Unterlassung zu Beginn des Jahres 2020, indem die Virusgefahr ignoriert wurde, dann durch politische Panikreaktionen im Frühling 2020, erneut im Sommer 2020 durch Unterlassung vorbeugender Maßnahmen zum Schutz der Risikogruppen gegenüber den Bedrohungen einer erwarteten zweiten Welle, sodann durch mutmaßlich geplante und stufenweise Eskalation im Winter 2020/21 und zu guter Letzt durch Inkompetenz in der Impfstoffbeschaffung.
2. Die Bundeskanzlerin trägt für diese Vorgänge die unmittelbare und mittelbare Verantwortung. Bürger, Wirtschaft und Exekutive vertrauten den Aussagen der Bundeskanzlerin die diversen Entbehrungen und (finanziellen) Bürden zu ertragen, um definierte Ziele zu erreichen. Dieses Vertrauen wurde enttäuscht und missbraucht.
3. Die Bundeskanzlerin definierte stets neue Zielvorgaben, Bürger und Wirtschaft konnten und können diesen kaum mehr vertrauen. Der Wechsel an Zielsetzungen seit dem März 2020 kann entweder als erratisch oder als absichtlich irreführend gewertet werden.
4. Die Bundesregierung degradierte seit März 2020 den Deutschen Bundestag in ein Abnick- und Schattendasein, wobei dieser mehrfach nur der nachträglichen „demokratischen Legitimierung“ von vorweggenommenen Alleingängen der Bundes- und Länderregierungen diene.
5. Die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung missbrauchen Wissenschaft und Medien, teils mittels Steuergelder, um nach Möglichkeit ausschließlich ihr eigenes Krisennarrativ dem Volk einzureden und Panik zu schüren. Die Aussage der Bundeskanzlerin, dass ausschließlich den offiziellen Verlautbarungen Glauben zu schenken sei, ist symptomatisch.
6. Die Bundeskanzlerin und die Maßnahmen der Bundesregierung sind die größte Bedrohung der Grundrechte und ihrer Ewigkeitsgarantie seit Bestehen der Bundesrepublik. Erneut wird offensichtlich, dass der Kernzweck jeder Verfassung, die Bürger vor den Handlungen der Regierung zu schützen, dringend und nachhaltig verteidigt werden muss.

7. Der Testfanatismus seit Spätsommer 2020 und die stufenweise Eskalation der Beschneidung bürgerlicher und unternehmerischer Freiheiten seit Herbst 2020 zeigen in Hinblick auf
  - a.) die der Regierung seit Frühling 2020 bekannten Gefahr von falsch-positiv anzeigenden PCR-Tests,
  - b.) die bekannte Nichtfähigkeit des PCR-Tests, Covid-19-Infektionen eindeutig nachzuweisen
  - c.) die Definition willkürlich festgelegter „Inzidenzwerte“ als maßgebend für restriktive RegierungseingriffeAnzeichen von Absicht. Dies deckt sich mit einer auf Raten kommunizierten und durchgeführten Eskalation der verfassungsrechtlichen Einschränkungen seit Herbst 2020 im Sinne einer langsamen Gewöhnungstaktik.
8. Die Bundesregierung unterstützt implizit das absichtliche Aufhetzen von Bevölkerungsgruppen gegeneinander, indem durch Gruppendruck Andersdenkende als „Gefährder“ gebrandmarkt oder ausgegrenzt werden.
9. Die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung verlangen von Volk und Wirtschaft einen dauernden Opfergang zur Rettung von Menschenleben und zur Bekämpfung des Virus. Gleichzeitig wird aber durch die Bundesregierung die Impfstoffbestellung ohne Not an die notorisch langsame und ineffiziente EU abgegeben. In Folge dieses eklatanten Fehlers werden nun weitere Menschenleben gefährdet und Bürger als auch die Wirtschaft müssen ihren Opfergang samt Entbehrungen und gewaltiger finanzieller Verluste fortsetzen. Allein dieser Punkt, doch in jedem Fall die Summe aller genannten Punkte, fordern nun ein deutliches Opfer der Bundeskanzlerin: der Rücktritt.

II. Der Bundestag fordert die Bundeskanzlerin zum Rücktritt auf.

Berlin, den 18.02.2021

**[...] und Fraktion**

## **Begründung**

In Hinblick auf die Frage des moralischen Vertrauens, welche wir gegenüber dem Menschen Dr. Angela Merkel als Bundeskanzlerin entgegenbringen, besteht in der Bewertung von Misstrauen ein großer Unterschied zwischen einzelnen Fehlern eines Kanzlers und systematischer Irreführung, Falschaussagen, ignoranter Grundgesetzverletzung sowie der Herbeiführung proto-diktatorischer Zustände im Land. Ein solches Misstrauen hat nichts mehr mit politischer Zugehörigkeit zu tun, sondern ist Ausdruck tiefer Skepsis gegenüber der moralischen Tauglichkeit von Angela Merkel als Bundeskanzlerin.

Die Bundeskanzlerin ist mittlerweile die größte personifizierte Bedrohung der Grundrechte seit Bestehen der Bundesrepublik in Wort und Tat. Nun spricht sie sogar von „Privilegien“ für Geimpfte statt von Grundrechten (Bundespressekonferenz vom 21.01.2021). Verfassungen sind im Wesentlichen ein Vertrag zwischen Regierten und Regierenden, damit Regierte durch klare rote Linien vor Handlungen der Regierenden geschützt sind. Die Bundeskanzlerin interessiert sich offensichtlich nicht mehr für rote Linien, das Grundgesetz wird nach Belieben gebrochen. Die komplett zweckentfremdete Auslegung des Art. 2, Abs. 2, S. 1 GG – der Schutz der körperlichen Unversehrtheit – werden beinahe alle anderen Grundrechte in absurder Argumentation untergeordnet und geopfert. Es kann nicht im Sinne der Verfasser des Grundgesetzes sein, dass ein Grundrecht alle anderen aushebelt. Die Bundeskanzlerin stellt damit die Ewigkeitsgarantie für die Grundrechte gem. Art 79 (3) des GG de facto in Frage.

Sie offenbart ein schlimmes und inkonsistentes Krisenmanagement, sogar nach ihren eigenen Zielen, wobei sie diese Ziele erratisch und nach Bedarf ständig umformuliert.

Zielsetzung der Lockdowns: Risikogruppen schützen und Überlastung verhindern. Im Sommer und Herbst 2020 wurden kaum Anstrengungen unternommen, diese Gruppen besser zu schützen, um ein erneutes Einsperren der Bevölkerung unbedingt zu verhindern, obwohl eine zweite Welle prognostiziert war. Im Gegenteil: Es wurden eher gegenteilige Anstrengungen getätigt, das Volk wieder einsperren zu können. U.a. wurde die Anzahl der Intensivbetten reduziert und Krankenhäuser wurden geschlossen. In der Folge gab es dann „zwingend“ neue Lockdowns und einen Blitz-Coup gegen die Grundrechte. Bis heute erhält der Schutz der Risikogruppen kaum nennenswerte Bedeutung. Auch das Ziel eine angebliche Überlastung unseres Gesundheitswesens zu verhindern, wirkt wie Häme. Seit Jahren herrscht hier im Winter bei Grippewellen eine ähnliche Überlastung, ohne dass die Politik hierbei bisher Interesse zeigte. Ebenso wurde durch die Bundesregierung zu Jahresbeginn 2020 die Virusgefahr medial heruntergespielt und warnende Personen als Spinner gebrandmarkt.

Politische Wissenschaft: Es werden lediglich Aussagen herangezogen, welche in das eigene Narrativ passen oder für die auch bezahlt wird. Kritischen Fragen aus dem Parlament erhalten nahezu nur ausweichende Antworten mit Verweis auf RKI, EU oder WHO. Eine wissenschaftsbasierte Bekämpfung der Corona-Verbreitung ist wohl nicht im Sinne der Bundeskanzlerin. Die wissenschaftliche Doktrin des Bundeskanzleramtes kann mit „Folge dem Geld“ umschrieben werden. Die Krönung dieses Irrwegs ist der PCR-Test als Basis zur Messung eines Krankheits- oder Infektionsgeschehens. Dieser ist für die Identifikation der tatsächliche Krankheitslage ein nahezu vollkommen ungeeigneter Test – allerdings durchaus geeignet, mehr Infektionsgeschehen zu suggerieren als es gibt ist. Gleichzeitig werden dessen „Inzidenz“-Ergebnisse für mediale Panik und als wichtigste Entscheidungsgrundlage im Infektionsschutzgesetz herangezogen, um damit die Grundrechte der Bürger auszusetzen. Frau Merkel bezeichnete die Begründung für den Lockdown auf der BPK vom 21.01.2021 selbst als „politische Entscheidung“, was die völlige Absenz von wissenschaftlicher Expertise unterstreicht, wo sie am nötigsten wäre.

Die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung haben zu den katastrophalsten Schäden in Gesellschaft, Wirtschaft und Gesundheitssystem seit dem 2. Weltkrieg geführt. Dafür ist en gros nicht der Corona-Erreger mit ungefährender Grippe-Letalität und einer Verbreitung in der Größenordnung knapp über dem Schwellenwert einer „seltenen Krankheit“ verantwortlich (vgl. EU-Definition<sup>1</sup>: 5 von 10.000 – dies entspricht dem oft genannten „Inzidenz“-Wert von 50). Verantwortlich sind die Handlungen der Bundesregierung und ihr finanzieller Blanko-Scheck an die Landesregierungen, einen politischen Corona-Amoklauf in den Ländern auch zu bezahlen. Ein Kapitän, der sein ganzes Schiff samt Besatzung versenkt, beim Versuch über Bord gegangene Crewmitglieder zu retten, handelt schlicht verantwortungslos.

Das Impfen und der Schutz der Bevölkerung und der Risikogruppen habe angeblich allerhöchste Priorität, bis hin zu einer indirekten oder direkten Impfpflicht für die Bevölkerung und der Aussetzung der Grundrechte. Alle Bürger haben dafür Opfer zu bringen. Aber gleichzeitig wurde die Impfbestellung durch die Kanzlerin in katastrophaler Manier vermurkst, indem sie diese ohne Not an die notorisch langsame und ineffiziente EU übertragen hat, welche offensichtlich nicht einmal in der Lage ist einen ordentlichen Vertrag aufzusetzen. Sonst kümmert sich die Bundeskanzlerin um solch strategisch wichtige Belange selbst, sogar im handelspolitischen Bereich – obwohl dies ein originärer EU-Bereich ist. Warum gab sie dann diese wichtige Aufgabe an den bekannt-ineffizienten Brüsseler Bürokratenapparat ab? So muss, bzw. kann die Kanzlerin nun die Bürger weitere Monate wegsperren, verhindert Öffnungsdebatten und

---

<sup>1</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Aasp0012>

generiert mehr Zeit für internationale Impfpass-Regelwerke. War die Abgabe an Brüssel Absicht oder Inkompetenz?

Sie leistet sich fortwährend Verschleierungen von Zielen und Absichten gegenüber Volk und Parlament. Dabei werden uns ihre Vorhaben oft in kleinen Dosierungen sukzessive verkauft. Es ist eine Politik der kontinuierlichen Eskalation und der Wahrheit auf Raten. Jede weitere Zumutung wird uns nach dem Schlucken der letzten Kröte vorgelegt. Zudem präsentiert sie uns wiederholt Bekundungen, dass etwaige Befürchtungen der Opposition oder der Bürger gegenstandslos seien, nur um diese dann den Bürgern nach Wochen des medialen Weichklopfens doch aufzuerlegen. Sie behandelt das eigene Volk wie ein Frosch dessen Wasser sie langsam immer mehr erwärmt, damit er sein eigenes Kochen nicht bemerkt. Der Bürger soll offenbar an neue Normalitäten gewöhnt werden. Es ist in Hinblick auf die wiederholte Systematik als Absicht und damit als unmoralisch und perfide zu werten. Ihre Politik ist eine Mischung aus Falschaussagen, Gewöhnung, Nötigung, vollendeter Tatsachen, Zwängen, massenpsychologischer Panikmache und die Beschwörung von Gruppendruck im Volk. Die ganze Handlungsabfolge seit Mitte 2020 trägt in Rechtfertigung und Vorhersehbarkeit teils auch die Handschrift des Vorsatzes, den jetzigen Zustand herbeizuführen. Die Manipulation der Bürger über Angst, das Versprechen von Schutz gegenüber den geschürten Ängsten unter der Forderung, dafür Freiheiten zu opfern, kombiniert mit plumper Propaganda und Aufrufen zum Gleichschritt gegen Corona, folgen leider dem Schema totalitärer Systeme.

Die Zwänge und die Nötigungen gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik beinhalten perfide Elemente, die Bürger gegeneinander aufzuhetzen, indem jedes neue Verbot auch mit der (impliziten) Definition neuer „Gefährder“ einhergeht. Offensichtlich sollen Bürger als Denunzianten und Blockwarte wieder ein wesentlicher Teil eines Kontroll-Apparates werden, wie in den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte. Die unmittelbare Krönung dieser Vorgänge, war der Plan uneinsichtige „Gefährder“ in Lager zu sperren. Das „Teile-und-Herrsche“ der Bundeskanzlerin muss ein Ende haben, ebenso wie Versuche die Bürger und Polizei in einen totalitären Kontrollapparat einzubinden. Täglich erhalten wir Nachrichten von Vorgängen im Land, welche es uns schwer machen, zwischen traurig-absurder Satire und Realität zu unterscheiden.

Es ist nur ein kleiner Auszug der vielen Argumente für ein begründetes Misstrauen gegenüber der Person Angela Merkel als Bundeskanzlerin. Sie sind allerdings symptomatisch für die Corona-Krise, in der diese selbstherrlichen und perfiden Verhaltensmuster der Bundeskanzlerin, welche bereits in der Vergangenheit immer wieder sichtbar waren, nun in besonders eklatanter Manier zu Tage traten. Kein Kanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte hätte moralisch klarer zurücktreten müssen. Nur der Kanzlerin gewogene Massenmedien und ein hierarchisch gegliederter Parteiapparat verhindern ihren sofortigen Abgang. Das sollte uns aber nicht in der moralischen Richtigkeit einer Rücktrittsaufforderung beeinflussen, wenn wir unsere Verpflichtung gegenüber „dem deutschen Volke“ bedenken. Das zeitlose dieser Formulierung fordert uns an die Vergangenheit, wie auch an die Zukunft dieses Volkes zu denken. Doch selbst das Heute offenbart bereits über 50% der Bürger im Dissens zur Corona-Politik der Bundeskanzlerin (Statista, 22.01.2021).

*Bemerkung: Eigentlich müssten wir aufgrund dieses eklatanten Versagens ein konstruktives Misstrauensvotum gegen die Bundeskanzlerin fordern. Erst mit ihrem Abgang werden Grundrechte wieder Grundrechte sein und keine „Privilegien“. Weil die AfD-Bundestagsfraktion – aufgrund des Totalboykotts durch alle anderen Fraktionen – zu wenig Abgeordnete umfasst, um laut Geschäftsordnung des Bundestages auf 25% aller Abgeordneten, d.h. auf 178 MdB zu kommen, um ein konstruktives Misstrauensvotum beantragen zu können, setzen wir mit diesem „normalen“ Plenumsantrag auf Rücktritt der Bundeskanzlerin ein klares Zeichen für unsere Überzeugung als Abgeordnete, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Es soll ein Warnschuss für die Bundeskanzlerin sein, der sie für weitere Zumutungen gegenüber dem Volk vorsichtiger*

*macht. Autokraten weichen oft zurück, wenn der Widerstand im Volk zu groß wird. Bisher hielt sich durch das historisch markante Pflichtgefühl der Deutschen zur Obrigkeitstreue der scharfe Widerstand gegen die Politik der Bundeskanzlerin noch in Grenzen, weswegen sie mit ihrer Agenda immer weiter voranschreiten konnte.*